★ ANTIFA ★ JUGENDINFO

Antifaschistische Jugend-Zeitung

Ausgabe Hamburg Nummer 13 Frühjahr 94
Bei Verteilung kostenlos, in Läden 50 Pfennig Verkaufspreis



Siqueiros »Zapatas Soldaten«

HAUSMITTEILUNG

Der geneigten LeserInnenschaft
Nach (wie immer) langer Zeit der Abstinenz haben wir es mal wieder geschafft. KennerInnen sowie andere Eingeweihte sprechen bereits jetzt von einem qualitativen Höchststand in der Geschichte des Antifa-Jugendinfos. Auch die Seitenzahl nimmt langsam verhältnislose Ausmaße an. Fragt uns doch mal endlich, wie wir diese finanziellen Drahtseilakte immer wieder schaffen. Wir könnten dann antworten: Gar nicht. Um konkret und ausnahmsweise mal nicht witzig zu werden. Wenn Ihr findet, daß diese Zeitung gut und wichtig ist und häufiger erscheinen sollte, dann spendet uns Geld. Wir sind wirklich dringend darauf angewiesen. Mit gutem Beispiel ist die Hamburger Punkband Slime vorangegangen, die uns mit einer großzügigen Geldspende bedacht hat. Dafür an dieser Stelle nochmal ein ganz herzliches Dankeschön! Ansonsten müssen wir aufpassen, daß wir uns selber nicht kaputtmachen, bei dem ganzen Streß, den wir uns in letzter Zeit aufgeladen haben. Zu unserem letzten Vorwort gibt es noch zu sagen, daß wir natürlich den Anspruch haben, möglichst objektiv zu schreiben, aber Ihr wißt ja selbst, daß jede Aussage zu einem nicht geringen Teil subjektiv eingefärbt ist.
Ihr solltet Euch langsam aber sicher mal angewöhnen, uns mit kritischen LeserInnenbriefen einzudecken oder auch mal die eine oder andere Anregung zu schicken-Wir leben davon.
Im übrigen könnt Ihr Euch schon mal auf die supertolle Jubiläumsausgabe zum fünfjährigen Bestehen der AJF freuen - sie **soll** bis zum 1.Mai fertig sein und wird an hoffentlich vielen Orten käuflich zu erwerben sein.
Das soll's erstmal sein. cheerio

Antifa-Jugendinfo
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg



...Im Namen des Herrn

In diesem Artikel geht es um die braune Sekte "Universelles Leben" (UL), ihren Aufbau, Glauben und Terror. Die Informationen stammen aus dem Film "Das Seelenkartell", der im Hessischen Rundfunk lief.

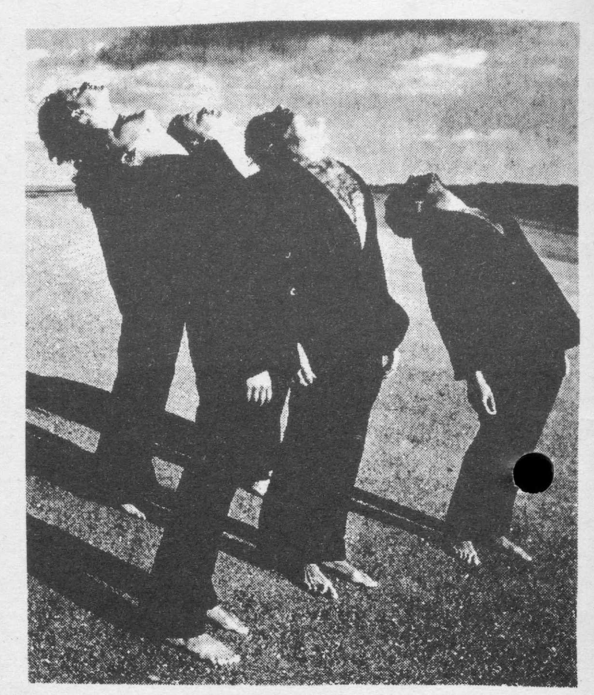
Das UL hat seinen Sitz in Würzburg. Von der dortigen Zentrale aus werden zweimal wöchentlich alle Offenbarungen der "Prophetin" in die Außenstellen weitergeleitet. Außenstellen gibt es im gesamten Deutschland, in Österreich und der Schweiz. In Deutschland überwiegend in Baden-Württemberg, in der Schweiz in erster Linie im nördlichen Raum. Allein in der Bundesrepublik hat "Universelles Leben" circa 40 000 Mitglieder. Offizielle Hauptperson der Sekte ist eine "Prophetin", die in Gottes und Jesus' Namen spricht. Von den JüngerInnen der Sekte wird sie als "göttliches Wesen" angesehen. Wer sie kritisiert, begeht "Gotteslästerung". Ihr



Name ist Gabriele WITTEK, sie ist sechzig Jahre alt und lebt in Gut Greußenheim bei Würzburg.
Ziel der Sekte ist es, einen Christusstaat aufzubauen, der einen schon prophezeiten Weltuntergang überleben soll. Um diesen Christusstaat zu errichten, sollen die Mitglieder ihr Geld, Haus oder andere Eigentümer dem "Universellen Leben" übereignen. Für den Aufbau des Staates wird volle Hingabe und die totale Selbstlosigkeit verlangt.

Gut Greußenheim ist, ähnlich dem texanischen Waco, wo sich die amerikanische "Davidianer"-Sekte einen Komplex militärisch ausbaute, wie eine Festung abgeriegelt. Die dort residierende WITTEK ist aber lediglich ein Werkzeug und nicht der Kopf des "Universellen Lebens", hinter ihr stehen noch drei Männer, die sie als Instrument in der Öffentlichkeit benutzen. Professor Walter HOFMANN, er versicherte sich dafür, daß Gabriele WITTEK eine Prophetin ist. Mit ihm stieg das "Universelle Leben" zu einer kleinen Wirtschaftsmacht auf. Karl KÖBLER, ehemaliger Begleiter WITTEKS. Er entwickelte die Organisationsstruktur. Harald DOHLE, jetziger Begleiter WITTEKS,. Er ist auch der eigentliche Kopf der Sekte. Diese drei Herren errichten das Weltbild der Sekte und geben Instruktionen an die "Prophetin" und damit an die JüngerInnen weiter.
Ebenfalls ein führendes Sektenmitglied ist Richard SACHS, von Beruf Anlageberater. Er wurde 1993 verurteilt, weil er rund 50 000 AnlegerInnen um ihr Geld (circa 612 Mio) gebracht hatte. Auf ihn sind auch diverse Investitionen in die Sekte zurückzuführen. So gehören dem "Universellen Leben" Kliniken, Handwerksbetriebe, Restaurants, Bauernhöfe, Immobilien und ein Einkaufszentrum. Circa 100 Betriebe des "UL" firmieren unter dem Namen "Christusbetriebe". Die Christusbetriebe gehören der "Sophia Stiftung", welche zwei Gesellschafter hat: W. HOFMANN und H. DOHLE.
In die Dörfer Michelrieth und Hettstadt, beide liegen bei Würzburg, ist das "UL" regelrecht eingefallen. In dem 250 EinwohnerInnen zählenden Michelrieth kaufte die Sekte eine Naturheilklinik und vertrieb den größten Teil der dort lebenden Menschen. Die, die nicht gehen wollten, und jene, die sich gegen das "UL" aussprachen, wurden

von Telefonterror, Morddrohungen, Foto- und Observationsterror heimgesucht. Kein/e KritikerIn soll ungeschoren davonkommen und so wirft das "UL" oft auch mit Anzeigen um sich. In Hettstadt, mit 2000 EinwohnerInnen etwas größer, sollte das gleiche Spiel laufen. Eine Kurklinik wurde gebaut, damit aber nicht genug, ebenfalls errichtet wurde die Siedlung "Neues Jerusalem" errichtet. Das "Neue Jerusalem" sollte ursprünglich 2000 Menschen Wohnraum bieten, doch wird zur Zeit über einige Bauvorhaben noch prozessiert, so daß bisher nur ein kleiner Teil des geplanten Christusstaates fertiggestellt werden konnte. Die BürgerInnen von Hettstadt fühlten sich vom "UL" überrumpelt, viele zogen es vor, in andere Städte zu ziehen. Dies liegt nicht unwesentlich daran, daß hier, wie auch in Michelrieth, massiver Psychoterror ausgeübt wurde und wird. Die Sektenführung versucht, ihre AnhängerInnen dazu zu bewegen , nach Würzburg zu ziehen, um dort einen großen Stützpunkt aufzubauen.



Für die Prozesse, die das "UL" führt, existiert eine eigene Klageabteilung, die immer geschlossen auftritt. Sie besteht aus Alfred SCHULTE, Pressesprecher, Dr. HETZEL, ehemaliger Richter und dem Anwalt Manfred MOOR aus Würzburg. MOOR ist übrigens Kreistagsfraktionsvorsitzender der SPD und strebt eine Kandidatur für den Landtag an.

Der "Christusstaat", die Zeitung des "Universellen Lebens" fällt in ihren Ausgaben durchgehend durch die Verbreitung antisemitischer Inhalte auf. In Artikeln wie "Vor dem Sieg der Kampf", "Das tausendjährige Reich tut sich auf", "Die UNO-Instrument der Illuminate"(Mit Illuminaten sind die Juden gemeint) oder "Mein Kampf- ein jesuitisches Produkt" wird dumpfe faschistische Ideologie angepriesen. Der Artikel "Die Weltherrschaft der Illuminate" wurde im "NAD" (Nachrichten-Austausch-Dienst) des österreichischen Nazis Walter OCHSENBERGER im gleichen Schriftbild abgedruckt. OCHSENBERGER verbüßt übrigens zur Zeit eine Haftstrafe wegen NS-Wiederbetätigung.

Für Angehörige der Sekte, die Kinder haben, gibt es passende Einrichtungen. Kindergärten und sogar eine Schule, in der sich in absehbarer Zeit der Hauptschulabschluß machen lassen wird. Sinn dieser Einrichtungen ist es, die Kinder von klein auf an die Sektenordnung und -regeln zu gliedern, wie auch, den Eltern die nötige Zeit zu geben, sich in den Christusbetrieben zu Hungerlöhnen abzurackern. Die eben erwähnte Schule besteht aus 7 LehrerInnen, die vom Freistaat Bayern bezahlt werden. Und auch sonst fließt aus der gleichen Quelle eine Menge Geld in die Schule. Geld für Geschichtsverfälschung und autoritäre Erziehung.

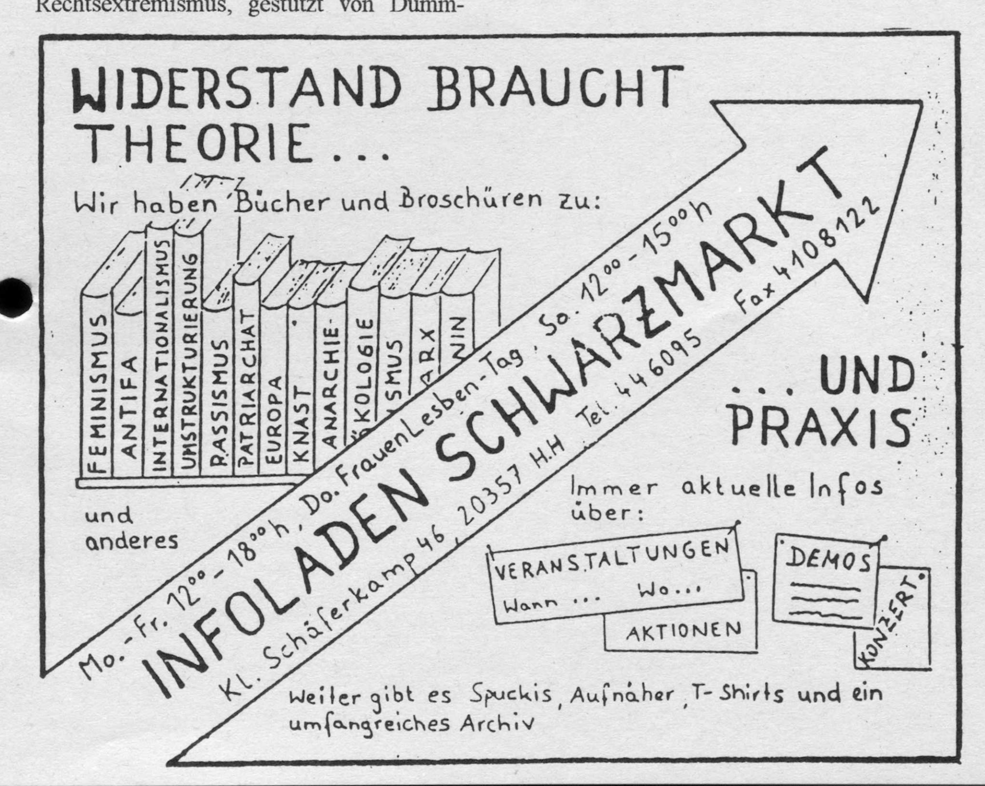
Nun noch zu einem leicht obskuren Punkt. Die Sekte vergleicht sich selber desöfteren mit den JüdInnen in der Zeit des National"sozialismus". Wie damals die Nazis die jüdischen Menschen verfolgten und vernichteten, so gäbe es heute Menschen, die die Sekte verfolgen und ausrotten wollen.

So ist es kein Wunder, daß "UL" seine KritikerInnen als Nazis bezeichnet und mit Fotos in einer "Verbrecherkartei" sammelt, sei es ein Bürgermeister, Mitglied einer Bürgerinitiative ein Kirchenmensch oder jede/r andere, die/der sich mit der Sekte kritisch auseinandersetzt. Bei diesem Personenkreis versucht "Universelles Leben" durch Verleumdung und Psychoterror Angst und Schrecken zu verbreiten.

1994: DER MARSCH IN DIE VERGANGENHEIT

Das Superwahljahr: Soviele Möglichkeiten, nichts wird gut

Es ist Ergebnis von Kohls Politik, wenn heute angesichts einer tiefen wirtschaftlichen Krise nicht humane, soziale, antifaschistisch-solidarische Zukunftshoffnungen die Menschen bewegen, sondern antihumanistische, antiaufklärerische und antimoderne Ideologien.
Individualismus und Ellenbogen statt Solidarität, Deutschtümelei statt Aufklärung, Populismus statt Demokratie, Frauen zurück an den Herd statt Emanzipation. Bröckchenweise setzte Kohl seinen politischen Egoismus durch: das Deutschlandlied zum Schlafengehen, öffentliche Gelöbnisse der Soldaten, die "Gnade der späten Geburt", der Besuch auf dem SS - Friedhof von Bitburg. Das Ergebnis sehen wir: ein beängstigendes Anwachsen von Rechtsextremismus, gestützt von Dummheit und Spießertum.
Dieser Zustand kann nun durch Wahlen zementiert werden.
Eine Anhäufung von Wahlen diesen Umfangs hat es in der gesamten Geschichte der BRD noch nie gegeben: Bereits im März wird das "Superwahljahr" durch die Kommunalwahlen in Schleswig - Holstein und den Landtagswahlen in Niedersachsen eingeläutet. Kurz darauf drängen sich weitere 17 Wahlen auf, darunter sind Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Außerdem wird in Bälde der Bundespräsident (durch die Bundesversammlung, nicht durch den Mob) gewählt.
Gegenwärtig ist in unseren Augen jedoch keine der sich zur Wahl stellenden Parteien bedenkenlos wählbar:



- Zwölf Jahre CDU/CSU/FDP Koalition dürften ja wohl reichen (wie bereits erwähnt).

Auch kein "Neuanfang" kann Grundlage einer Wiederwahl sein.

- Die SPD, die einst den Anspruch erhob, die Partei des/der kleinen Arbeiters/Arbeiterin zu sein, sieht ihre Sozialpolitik darin, der Wirtschaft in den Arsch zu kriechen, um möglichst viele Arbeitsplätze zu ergattern. Daß die Instabilität der Wirtschaft eine Folge unserer kapitalistischen Gesellschaft ist, fällt ihnen dabei nicht auf. Die SPD will nicht mehr von der Union nach rechts gezogen werden wie im Asylstreit; Rudolf(gähn)Scharping will schneller werden. Tja, da stellt sich einem ja nur die Frage welches Grundrecht das nächste sein wird (Bzw.dann nicht mehr). Außerdem wird es interessant bleiben zu beobachten wie lange es noch dauert bis Kohl & CO von den "Sozis" rechts überholt werden. Mensch muß seine Politik ja der Meinung der Bevölkerung anpassen. Ansonsten könnte Mensch vielleicht noch Stimmen (Macht und Geld?) verlieren(nicht wahr Voschi).

-Bündnis '90 Grüne befinden sich in einer Anpassungsphase sondergleichen. Sie ergötzen sich an Lichterketten und Dichterlesungen. Sie haben dieses System akzeptiert und doktern nur an Symptomen herum.

-Was die faschistischen Parteien betrifft, wollen wir in diesem Artikel nicht näher auf sie eingehen, da ihre Intentionen ja hinlänglich bekannt sind (wenn nicht: der Schwarzmarkt, siehe Anzeige, ist voll mit Infos).







Auch nach der Wahl wird der Trend der Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt. Die großen Parteien sind jetzt schon dabei, ihre Pflegeversicherung auszuhandeln die den BürgerInnen Geld abnehmen wird. Der "Große Lauschangriff" ist ein weiterer, bedeutender Einschnitt in die Rechte des Menschen. Hier soll wieder mal eines der Grundrechte abgeschafft werden. Diese und andere kurzsichtige Handlungen laufen auf einen totalitären Staatsapparat hinaus, den es zu verhindern gilt.

Die meisten unserer LeserInnen sind noch nicht wahlberechtigt, auch wollen wir uns keineswegs anmaßen, "Verhaltensregeln" aufzustellen. Als Protestmöglichkeiten bleiben jedoch in erster Linie außerparlamentarische Aktivitäten. Das bedeutet Einflußnahme auf politisch Mächtige bzw. auf deren Organisationen und Parteien. Öffentliche Meinungsbekundungen sind eine andere Möglichkeit, Protest zu zeigen. Ihr selbst müßt entscheiden, wie Ihr mit der derzeitigen Situation umgeht. Es gibt viele Möglichkeiten...

Ihr solltet euch von diesen Aussichten nicht entmutigen lassen und euer Leben selbstbestimmen. Ihr könntet euch z.B. in einer Stadtteil-Gruppe organisieren, und somit Strukturen aufbauen. Solche Gruppen sind notwendig, um eine breite Protestbewegung gegen die immer rechtslastigere Parteienlandschaft zu schaffen.



Ein Knoten im Netz

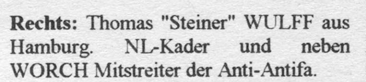
In Deutschland die Anti-Antifa

Das Projekt wurde zu einem günstigen Zeitpunkt ausgerufen. Im August 92 erschien in der Zeitung der Hamburger Nationalen Liste, dem Index, ein Aufruf, "anti-antifaschistische" Gruppen zu gründen und personenbezogene Daten über politische GegnerInnen zu sammeln, um zukünftig effizienter gegen AntifaschistInnen vorgehen zu können. In der gleichen Ausgabe veröffentlichte der Index eine Liste linker Hamburger Projekte, denen nach seiner Einschätzung Schlüsselpositionen in der Szene zukommen. Die Weisung, die auf den Hamburger Naziführer CHRISTIAN WORCH zurückgeht, hat nach eigener Darstellung Früchte getragen. So sollen sich in sechs Regionen "Anti-Antifa"-Organisationen gegründet haben (Der Einblick, Nr. 1). Zwischenzeitlich verbreitete die NL sogar eine Liste, auf der eine noch größere Anzahl von "Anti-Antifa"-Gruppen angegeben wurde. Die Ausrufung des Projektes entfachte den gewünschten Rummel v.a. in den Medien, der einen steigenden Bekanntheitsgrad garantierte und die Nazis frohlocken lassen konnte Die "Anti-Antifa" wurde herumgereicht, wie eine schlagkräftige omnipräsente Gruppierung, die weite Kreise der bundesdeutschen Bevölkerung bedrohe. Dies ging soweit, daß einzelne faschistische Angriffe auf Linke und AntifaschistInnen, die schon seit jeher zum Repertoire der rechtsextremistischen Szene gehören, in den Gesamtzusammenhang einer großen und schlagkräftigen "Anti-Antifa-Organisation" gestellt wurden. Ein verhängnisvoller Fehler, wie sich mehr und mehr herauszustellen scheint, denn hinter dieser "Anti-Antifa" verbirgt sich genau die selbe Szene, die schon seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten, aktiv in der Sammlung und Auswertung von Daten politischer GegnerInnen ist. Von etwas Neuem zu sprechen, ist insofern kaum angebracht und kann unter Umständen sogar gefährlich werden, da die bisherigen Bestrebungen und Taten der deutschen Naziszene relativiert werden. Die "Anti-Antifa" ist vielmehr ein Projekt, in dem sich die verschiedenen Strömungen und Organisationen der Faschisten treffen (sollen), um zu einem koordinierteren Vorgehen gegen Antifas zu gelangen. Die faschistische Szene ist schon immer geprägt gewesen, durch Konkurrenz und intrigantes Vorgehen untereinander. Dieser Handlungsansatz soll jetzt endlich die gewünschte Kooperation gewährleisten. Jagd auf die Antifa- und alle können mitmachen. Nach Jahren, in denen Rechtsextremisten von hauptsächlich autonomen Antifas in ihrem Organisationsaufbau behindert und oft auch militant angegriffen wurden, wittert die Szene nunmehr die Chance, es ihren GegnerInnen mit "gleicher Münze" heimzuzahlen. Der Wind dafür weht günstig, viele potentielle "KameradInnen" bewegen sich im braunen



Links: Christian WORCH aus Hamburg. Kader der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front und Anti-Antifa-Organisator.





Rechts: Thomas "Steiner" WULFF aus Hamburg. NL-Kader und neben WORCH Mitstreiter der Anti-Antifa.

Fahrwasser, rechte und rechtsextreme Orientierungen sind längst in den gesellschaftlichen Mainstream eingeflossen und die Linke hat einen großen Teil ihrer einstigen Stärke eingebüßt. Alles in allem also recht gute Ausgangspositionen, momentan jedoch ist nur der Wunsch Vater des Gedanken, soll heißen, die Faschisten sind zur Zeit noch nicht in der Lage, ihr anti-antifaschistisches Modell mit Inhalten zu füllen. Wie ihre bisherigen Veröffentlichungen deutlich machen, bewegt sich diese Szene zwischen absolutem Größenwahn und der gleichzeitigen momentanen Unfähigkeit, linke Strukturen in ihrer ganzen Breite aufzudecken. Bezeichnend für diese Einschätzung dürfte ein Zitat aus dem Einblick sein, in dem es heißt: "Wir benötigen noch Nachtsichtgeräte, Abhörvorrichtungen, Wanzen und artverwandte technische Überwachungs- und Observationsausrüstungen", auch "über die Mitarbeit von ehemaligen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit" würde man "sich sehr freuen." Diese Aussage ist so absolut großmäulig und entspricht dem Standard ihrer bisherigen "Feindaufklärung" auch nicht im entferntesten. Das was bisher in ihren Veröffentlichungen über "die Antifa" verbreitet wurde, deutet vielmehr auf ein Defizit an Recherche hin, das nicht unbedingt zu der Annahme verleitet, wir hätten es hier mit einer straff durchorganisierten Truppe zu tun. Trotzdessen sind Unterschätzungen nicht angebracht, weil zum derzeitigen Zeitpunkt vieles noch gar nicht klar ersichtlich ist. Es ist keinesfalls erwiesen, ob die Faschisten mit der Herausgabe des Einblicks tatsächlich all ihr Wissen bereits preisgegeben haben. Zweifel daran sind jedenfalls angebracht, umso mehr bei der Tatsache, daß rege Sammeltätigkeit in der Naziszene seit geraumer Zeit zu beobachten ist. Es ist demnach nicht abwegig, den Faschisten eine gewisse Taktik zu unterstellen, mit der sie vorgehen, indem sie ihre Informationen eben nicht gebündelt veröffentlichen und somit den Eindruck erwecken, die "Antifa-Antifa" leiste in nur kurzer Zeit hervorragende Recherchearbeit. Der psychologische Effekt, den WORCH mit der "Anti-Antifa" erreicht hat, würde sich durch diese Taktik noch verstärken. Eine andere Erklärung wäre, daß noch längst nicht alle Strukturen der rechtsextremistischen Szene in das Projekt eingebunden sind, das gilt in erster Linie für die beschriebenen "älteren Kameraden", deren Informationsstand tatsächlich um einiges höher sein dürfte. Trotzdem haben schon allein die Ankündigung einer Organisationsgründung und eine, ganz objektiv gesehen, recht lausige Zeitung dafür gesorgt, daß große Panik in bürgerlichen Kreisen und sogar Teilen der Antifa ausgebrochen ist. Die Skrupellosigkeit mit der die Nazis gegen vermeintliche und tatsächliche GegnerInnen vorgehen und die sie grundlegend von AntifaschistInnen unterscheidet, darf sicher nicht unterschätzt werden. Nazis werden mit veröffentlichten Adressen immer anders umgehen, als Linke, weil sie ihrem Handeln ein völlig anderes Denken zugrunde legen, das Mord immer mit einschließt. Deshalb beinhaltet die Veröffentlichung von antifaschistischen Adressen natürlich ein immenses Risiko und stellt eine andere Qualität dar, als die Veröffentlichung von Nazi-Adressen, da Faschisten ihre GegnerInnen tatsächlich zum Abschuß freigeben. Bisher jedoch, ist den Veröffentlichungen noch keine Welle von Anschlägen sondern von Drohanrufen und -briefen gefolgt, was heißen kann, daß die Einschüchterung zur Zeit noch Hauptbestandteil der "Anti-Antifa"-Arbeit ist. Zur Einschüchterung indes gehören immer



Links: Norbert WEIDNER aus Bonn. Anti-Antifa "Geheimdienstler" in peinlicher Mission und FAP-Kader.

Rechts: Meinolf SCHÖNBORN aus Detmold. Führer der Nationalistischen Front und engagiert in der Erfassung antifaschistischer GegnerInnen.



zwei Seiten und bisher war zu beobachten, daß dieses Kalkül in Teilen aufgegangen ist. Recht gerne hätten die Faschisten eine vor Angst schlotternde und eingeschüchterte Antifa vor sich, dieser Anblick wird ihnen jedoch erspart bleiben müssen. Es sei noch einmal betont, daß das Projekt der Versuch ist, die Szene zu einen, ihr einen über alle Organisationsgrenzen und Grabenkämpfe hinweg reichenden Aktionsansatz zu liefern, der in einem koordinierten Vorgehen gegen die antifaschistische Szene münden kann. Zur Zeit ist dies noch nicht geschehen.

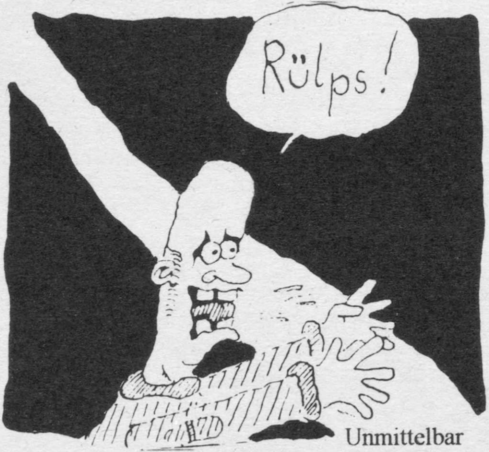
Jedoch haben die seit Jahren unter oft verbalem, manchmal aber auch körperlichem Beschuß der autonomen Antifas ‌stegenden bundesdeutschen Nazikader die Ideen zum Aufbau eines "Anti-Antifa"-Projektes dankbar aufgenommen. Begrifflich geprägt wurde die "Anti-Antifa" von CHRISTIAN WORCH aus Hamburg, Kader der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" und Funktionär der Nationalen Liste, der im August 92 die Devise ausgab, nunmehr alle zugänglichen personenbezogenen Daten politischer GegnerInnen zu sammeln um die linke antifaschistische Szene transparent und ebenfalls angreifbar zu machen. Der INDEX , die Hauspostille der NL, veröffentlichte in der gleichen Ausgabe eine Auflistung linker Hamburger Projekte und Treffpunkte, denen nach ihrer Einschätzung wichtige Schlüsselfunktionen zukommen. Entgegen abweichender Berichte, gerade in bürgerlichen Medien, läßt die Darstellung der Treffpunkte nicht unbedingt auf eine glanzvolle Recherche der Nazis schließen, im Gegenteil, genauere Infos stammen ohne Ausnahme aus offen zugänglichen Publikationen der linken Szene. Nur kurze Zeit später meldete sich eine "Anti-Antifa Bonn" zu Wort und kündigte in einer dramatischen "Presseerklärung" an, zukünftig ebenfalls Daten über AntifaschistInnen und ihre "Hintermänner" zu sammeln. Auch hier sind die Initiatoren bestens bekannt. Es handelt sich um NORBERT WEIDNER von der FAP, Teilnehmer des letztjährigen Faschistentreffens im belgischen Diks-

muide, auf dem Strategien zum internationalen Generalangriff auf Linke und AntifaschistInnen diskutiert wurden. Obendrein ist WEIDNER Besitzer des Postfachs der Bonner Anti-Antifa.
Auch von Stefan A. NIEMANN, einem weiteren Bonner Nazikader ist bekannt, daß er an der "Anti-Antifa" führend beteiligt ist. Bei ihm fand die Polizei 1000 Datensätze von Antifas und anderen mißliebigen Personen.
Allgemeinhin wird zur Zeit behauptet, WORCH habe den Startschuß für das Anlegen von Feindkarteien gegeben, diese Einschätzung dürfte sich bei genauerer Betrachtung jedoch als falsch erweisen. Schon lange ist bekannt, daß die rechte Szene versucht, sehr genau ihre GegnerInnen im Auge zu behalten. Schon im Rahmen von Hausdurchsuchungen gegen die Weiterführung der verbotenen ANS/NA in den späten achtziger Jahren, wurde die Polizei bei mehreren Nazikadern fündig. Bei CHRISTIAN MALCOCI, einem Mitglied der HNG (Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige), wurden 3000 Datensätze sichergestellt, bei dem inzwischen ausgewiesenen österreichischen Nazi KARL POLACEK wurden 1000 Datensätze entdeckt. Die Nationalistische Front rief bereits 1989 ihre Mitglieder auf, Daten politischer GegnerInnen zu sammeln und an die Parteizentrale weiterzugeben. Andere Personen, die schon seit geraumer Zeit sammeln und "Feindaufklärung" betreiben, sind PETER DEHOUST, Herausgeber von "Nation & Europa", MANFRED ROUHS, Herausgeber von "Europa vorn" und Mitglied der Deutschen Liga, der Hamburger HEINZ-DIETER HANSEN (DESG-inform) sowie HANS-MICHAEL FIEDLER aus Adelebsen bei Göttingen. Auch die Urheber des "Einblicks", dürften keine Unbekannten sein. Über das Nationale Infotelefon Mainz wurde über einen längeren Zeitraum hinweg dazu aufgerufen, Daten über Antifas und "Zecken" zu sammeln und diese an den "Deutschen Informationsdienst-Arbeitskreis Anti-Antifa" zu senden. Gleichzeitig wurde die Herausgabe eines "Anti-Antifaschistischen Informationsblattes" angekündigt. Konkretisiert wurde liese Meldung nur kurze Zeit später im Gd F-Mitteilungsblatt "Die Neue Front", in dem das "Anti-Antifa Magazin EINBLICK" angekündigt wurde. "Die Neue Front" soll in Wiesbaden erscheinen, wo der Neonazi STEFAN CUMIC agiert, der AntifaschistInnen bereits durch die Organisierung einer Anti-Antifa-Demo in Meschede unangenehm aufgefallen ist. Gleich nebenan in Mainz wurde das Nationale Infotelefon zu diesem Zeitpunkt betrieben von SASCHA CHAVES, einem Mitglied der Deutschen Nationalisten, einer Nachfolgegruppierung der verbotenen Deutschen Alternative. MICHAEL PETRI, ehemaliger DA-Chef von Rheinland-Pfalz stellte dem NIT sein Postfach sowie seinen Faxanschluß zu Verfügung. In der jetzt erschienenen ersten Ausgabe des Einblicks heißt es zu diesen Verbindungen scheinheilig: "Der Name unserer Zeitschrift wurde ursprünglich von jungen Kameraden aus dem Rhein-Main-Gebiet übernommen.
Dort wurde die Idee geboren, eine überregionale ANTI-ANTIFA-Zeitschrift zu erstellen. Wenige Monate nach der Vorankündigung nahmen sie jedoch davon Abstand. Wir haben diese Idee aufgenommen..." Offensichtlicher kann Verarschung eigentlich nicht mehr betrieben werden. Nichtsdestotrotz ermittelt der Generalbundesanwalt, der sich aufgrund der Brisanz der Veröffentlichung in die Ermittlungen einschaltete, bis jetzt noch gegen "Unbekannt".



DER EINBLICK, DER DURCHBLICK UND DER AUSBLICK

Das Informationsorgan der "Anti-Antifa" ist "Der Einblick- die Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront u. Anarchoterror". Anfang Dezember erschien die erste Ausgabe dieser Schrift, die auch prompt eine rasche Verbreitung in der antifaschistischen Szene und bürgerlichen Kreisen, einschließlich der Medien fand.
Im Vorwort heißt es unter anderem: "Wir werden es hier tunlichst vermeiden, zur Gewalt im Sinne von Körperverletzungen, Tötungen usw. gegenüber unseren Gegnern aufzurufen. Jeder von uns muß selbst wissen, wie er mit dem (sic) ihm hier zugänglich gemachten Daten umgeht. Wir hoffen nur, *IHR GEHT DAMIT UM !!!*" (Schrift auch im Original unterstrichen). Auch wenn damit nicht explizit zu Anschlägen aufgerufen wird, so wissen die Verfasser sehr wohl um das Weltbild ihrer Kameraden, vor dem es eben kein Problem darstellt, politische GegnerInnen, als "unwertes Leben" eingestuft, zu ermorden. Darüber zu diskutieren, ob die Faschisten nun Tötungsabsichten haben oder nicht, ist auch eine müßige Angelegenheit. Wir verweisen auf die Blutspur und die vielen Opfer faschistischer und rassistischer Gewalt der letzten Jahren, sie dürften genug Aussagekraft haben, die Frage hinreichend zu klären. Allein die Veröffentlichung von antifaschistischen Adressen ist ein indirekter Aufruf zu Tötungen oder schweren Körperverletzungen, da symbolische Aktionen in der Nazi-Szene nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Im weiteren stellen die Autoren Handlungsweisen vor, die dem Repertoire der linken Szene entstammen. So wird aufgerufen, spontane Aktionen unter Alkoholeinfluß zu unterlassen und koordiniert und geplant zuzuschlagen. Interessant und auffällig ist die Übernahme einer Vielzahl von Strategien der linken Szene, von der Faschisten ja gerne und reichhaltig zu kopieren versuchen. Bei der politischen Analyse der Antifa indes scheint den Machern des Einblicks nicht viel eingefallen zu sein. Es drängt sich hier tatsächlich der Eindruck auf, die Faschisten haben die linken Szeneblätter entweder nur überflogen und den Sinn der meisten Aussagen schlicht nicht verstanden, oder ihre "Informationen" lediglich aus zweiter, wenn nicht dritter Hand. So heißt es beispielsweise, die RAF habe ihren bewaffneten Kampf eingestellt, um zukünftig gegen Nazikader vorzugehen. "Die zunehmende Vernetzung zwischen RAF-Kommandos der Göttinger Antifa(M) oder der Antifaschistischen Aktion (teilweise sind sie ja mit der RAF identisch) muß uns aufhorchen lassen", schreiben die Autoren im folgenden. Es ist abzusehen, daß da noch einiges an analytischem Verstand dazukommen muß, um ein Wissensloch diesen Ausmaßes hinreichend zu beseitigen. Andernfalls kommt eben doch nur ein Einblick, der nicht eben durch den Durchblick besteht, heraus.



Unmittelbar daran anknüpfend, ist auch der Wissensstand über "linke Verbrecher und autonome Steinewerfer" nur sehr begrenzt. Die abgedruckten Adressen weisen, bis auf einige regionale Ausnahmen, auf eine Zufälligkeit hin, die nicht den Schluß nahe legt, die "Anti-Antifa" arbeite besonders effizient. Die Adressen stammen zum größten Teil von Personen, die namentlich als AntifaschistInnen in der Öffentlichkeit aufgetreten sind, oder sich eingehend mit Neonazis beschäftigen, sei es als JournalistInnen, FotografInnen oder andere "Personen des öffentlichen Lebens". Die "Autonomen", im Vorwort als Hauptobjekt der Begierde umschrieben, tauchen nur am Rande auf. So ist es kein Wunder, daß eine Vielzahl von Leuten in diese Liste gekommen sind, weil sie Opfer von Anzeigen der Neonazis geworden sind oder andere "persönliche" Kontakte mit einzelnen Neonazis hatten. Anhand der Hamburger

Adressen läßt sich dieser Beweis problemlos führen. Die aufgeführten Privatpersonen traten in Zeitungen oder anderswo öffentlich als AntifaschistInnen in Erscheinung. Eine gewisse Sonderstellung nimmt Aurich, eine Kleinstadt in Friesland, ein. Hier ist es den Nazis gelungen, eine relativ umfassende Liste zusammenstellen, eigentlich auch kein Wunder, handelt es sich bei Aurich doch um eine Stadt, in der jede/r jede/n kennt. Daß trotz dieser kleinstädtischen Gegebenheiten das Rechercheergebnis gespickt ist mit Fehlern und profunden Unkenntnissen über einzelne Personen, sollte weitere Zweifel an der "Qualität" des Einblicks aufkommen lassen. Diese Beliebigkeit in der Auswahl(?) der Adressen zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Veröffentlichung.

Da tauchen unabhängige Antifas neben JournalistInnen, engagierten BürgerInnen oder Verwaltungsbeamten auf, sie alle werden zusammengefaßt als "deutschfeindliche Elemente". Wir haben bestimmt nicht vor, die Aktivitäten der Nazis runterzuspielen, wie es leider auch in Zeitungen der Linken geschehen ist, indem Faschisten einfach die Fähigkeit zur Recherche abgesprochen wurde, aber wir denken, daß 200 Namen und ein Weniger an Adressen und tatsächlich recherchierten Infos letztendlich für sich selber sprechen. Die nähere Zukunft wird zeigen, wie sich die "Mobilmachung" gegen AntifaschistInnen auswirken wird. Es ist zu befürchten, daß die Nazis an diesem Punkt näher zusammenrücken werden, Bündnisse schließen und darüber ihre oftmals vorhandene Handlungsschwäche verlieren. Für uns heißt dies, daß vieles, was in den letzten Jahren erreicht worden ist, jetzt noch entschiedener verfolgt werden muß. Strukturen sollte mensch am besten immer dann bekämpfen, wenn sie im Aufbau begriffen sind, genau diese Situation finden wir zur Zeit vor. Damit meinen wir **nicht** die faschistische Szene in der BRD in ihrer Allgemeinheit, die sitzt nämlich schon längst fest im Sattel ihres Netzwerkes, das aus der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", den "Frontorganisationen" und den "gemäßigt" rechten Parteien besteht. Wir meinen ihren speziellen Ansatz mit dem originellen Namen.

Der Revisionismus und seine internationalen Verbindungen

Der Revisionismus (lat.: Streben nach Änderung eines bestehenden Zustandes oder Programms) ist eine der gefährlichsten Strömungen im internationalen Netzwerk der alten und neuen Faschisten. Dabei geht es um die Anzweiflung der Vergasung von JüdInnen im 3. Reich bis zur Leugnung von Auschwitz und dessen Gaskammern. Der Nationalsozialismus soll rehabilitiert werden; das Endziel ist die Wiederauferstehung der NSDAP. Denn das größte Problem der Nazis war stets, daß viele potentielle Anhänger sich durch die Vergangenheit Deutschlands von den Rechten abgeschreckt fühlten. Denn wie läßt es sich entschuldigen, wenn die politischen Vorfahren das Leben von 6 Millionen Menschen auf dem Gewissen haben?

So ist es die einfachste Lösung, die Tatsache zu bestreiten und alles so hinzustellen, das der Holocaust lediglich eine Erfindung der USA und Israel wäre, um Deutschland zu belasten.

Der Revisionismus ist aber dennoch keine neue Idee. Schon nach dem 1. Weltkrieg wurde von deutscher Seite versucht, die Rolle des Aggressors und Ausbeuters auf die Seite der Kriegsgewinner abzuwälzen. So wurden die im Versailler Vertrag enthaltenen Reparationsforderungen von den bürgerlichen Parteien als "Schanddiktat" bezeichnet und die Schuld am Krieg offen bestritten.

Die NSDAP/AO (Auslands- und Aufbauorganisation) versucht, die alten Traditionen der Nationalsozialisten, wie "Rassenreinheit", Disziplin und Vaterlandsliebe bis zum Tod, fortzusetzen. Sie existiert seit 1970 und hat ihren Sitz in Lincoln/Nebraska. Ihr Vorsitzender und Propagandaleiter Gerhard Rex ("Gary") Lauck hat Verbindungen in fast alle Länder Europas. Der ehemalige SS-Sonderführer Thies Christophersen lebt seit ´86 im Exil in Kollund (Dänemark), weil er in Deutschland wegen seiner Publikation "Die Auschwitz-Lüge" per Haftbefehl gesucht wird. Er ist Mitglied bei der NSDAP/AO. So auch der Österreicher Gottfried Küssel, der seinerseits die "Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO)" ins Leben rief. In Amsterdam lebt der NS-Kriegsverbrecher und internationale Verbindungsmann der Aufbauorganisation, Gerrit Et Wolsink, der nach wie vor zu seinen Verbrechen im 3. Reich steht. Er hat unter anderem Selektionen und wahrscheinlich auch Exekutionen von JüdInnen und anderen von Nazis für "Untermenschen" Erklärten vorgenommen.

Der legale Flügel des weltweiten Revisionismus ist das amerikanische "Institut for Historical Review (IHR)". Es veranstaltet Kongresse, auf denen sämtliche Wortführer und Ideologen der Faschisten zu Wort kommen. Hauptredner -nicht nur für das IHR- ist bei solchen Veranstaltungen oft der britische Hobbyhistoriker David Irving, ein guter Freund Gerhard Freys (DVU) und Autor diverser antisemitistischer und faschistischer Hetzschriften, die in Deutschland vom Ullstein Verlag herausgebracht wurden.

Ein anderer beliebter Redner ist der Deutsch-Kanadier Ernst Zündel aus Toronto. Er war Auftraggeber des "Leuchter-Reports", der beweisen sollte, daß eine Massenvernichtung von Menschen durch Zyklon B In den Konzentrationslagern technisch nicht möglich gewesen wäre. Eine Analyse aus Frankreich belegte allerdings das Gegenteil. Frederick A. Leuchter, 50, aus Massachusetts (USA) gilt als Exekutionsexperte und stellt für die USA Hinrichtungsmaschinen her, wie Gaskammern, Giftinjektionsanlagen, Galgen und elektrische Stühle, wie sie im Knast von Potosi (Missouri) Anwendung finden.

Zündel, der von einem Mannheimer Staatsanwalt wegen 'Volksverhetzung, übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener angeklagt wurde, brauchte den "Leuchter-Report" als Verteidigungsgutachten vor Gericht. Er bekam 9 Monate ohne Bewährung.

Der bekannteste Vertreter des Geschichtsrevisionismus in Frankreich ist der ehemalige Literaturprofessor der Universität Lyon, Robert Faurisson, der wegen Verleugnung von NS-Verbrechen zu einer Strafe von 30.000 DM verurteilt wurde. Er schrieb das Buch "Es gab keine Gaskammern" und trat neben Irving und Leuchter im Zündel-Prozeß auf.

Eine andere Aktion der Geschichtsverfälscher war der Versuch zu beweisen, daß das Tagebuch der Anne Frank eine Fälschung sei.

IMPRESSUM

Das Antifa-Jugendinfo Hamburg wird herausgegeben von der Antifa-Jugendfront, organisiert in der Antifaschistischen Jugend/Bundesweiter Zusammenschluß.

Erscheinungsweise unregelmäßig als Eigendruck im Selbstverlag. Die VerteilerInnen sind für den Inhalt nicht verantwortlich.

V.i.S.d.P.: Sven Hansen über Redaktionsadresse und die kennt eh schon jede/r: Antifa-Jugendinfo c/o Schwarzmarkt Kl. Schäferkamp 46 20357 Hamburg.

Als "Beweis" wurde eine Notiz aus dem Original genommen, die mit Kugelschreiber, der erst später erfunden wurde, geschrieben war und die Behauptung, daß an mehreren Stellen im Tagebuch ebenfalls ein Kugelschreiber benutzt wurde. Eine daraufhin erfolgte Prüfung ergab, daß das gesamte Tagebuch mit Tinte geschrieben wurde und die Notiz, die später hineingelegt war, nicht von Anne Frank stammt, sondern von einer Bekannten, die den Krieg überlebte und später auch das Buch veröffentlichte.

Am 21.4.'90, ein Tag nach Hitlers Geburtstag, fand im Löwenbräukeller in München eine Großveranstaltung (Motto: "Wahrheit macht frei") mit 800 TeilnehmerInnen statt. Unter ihnen waren Otto-Ernst Remer, Leibwächter Adolf Hitlers, Michael Kühnen, Gründer der ANS/NA (1977 bis zum Verbot 1983), der '91 an Aids starb und Anthony Hancock aus London, der sich auch Michael Carter nennt. Jener war in England wegen Betrugs angeklagt und ist für den Druck und den Vertrieb von faschistischem Propagandamaterial verantwortlich. Eingeladen hat Ewald Bela Althans, der schon mit 13 Jahren von A[illegible] Nazis ausgewählt und ausgebildet wurde. D[illegible] Saalschutz wurde von Christian Worch (Nationale Liste Hamburg) organisiert.

Die Verbindungen der Revisionisten gehen bis in die höchsten Instanzen. Harald Neubauer, Mitglied des Europäischen Parlaments, war früher in den verschiedensten faschistischen Parteien organisiert (Anfang bis Mitte der 70er Jahre NSDAP/AO, NPD, DVU, Reps). Am 3.10.'91 gründete er seine eigene Partei, die "Deutsche Liga für Volk und Heimat".

Auch die Akzeptanz konservativer Politiker für neonazistisches Gedankengut wird immer größer. Wie etabliert die Legende vom "erniedrigten Deutschland" heute bereits ist, erkennt mensch z.B. an diversen Äußerungen des Ex-Bundespräsidentschaftskandidaten Steffen Heitmann (Forderung nach einer "Enttabuisierung und Entideologisierung" der Nazi-Vergangenheit, sowie nach einer "Objektivierung deutscher Geschichte"). Durch solche Knalltüten wird in Deutschla[illegible] eine Stimmung geschaffen, in der das Morden, das vor rund 60 Jahren begann, fortgesetzt werden kann und die Verbrechen, die "im Namen des Volkes" begangen wurden, vergessen und verziehen werden.

Wer Faschismus ablehnt und den Gedanken fortsetzt, wird dabei feststellen, daß ein System, das die alten Nazis legitimiert, Neofaschisten und rechte Brandstifter als "Randerscheinungen" hinnimmt und ihren Vordenkern den Weg in die Öffentlichkeit ebnet, die Frage aufwirft, ob eine Grenze zwischen Akzeptanz und aktiver Förderung überhaupt vorhanden sein kann.

Kurdistan gestern und heute Auf dem Weg zur Befreiung?

Der Militärputsch 1980-Die Verleugnung des kurdischen Volkes.

Die ökonomische Krise und die starke Entwicklung der Opposition auch durch revolutionäre, kurdische Befreiungsorganisationen nimmt das türkische Militär zum Anlaß zu putschen. Das Vorhaben, den Machtanspruch zu stabilisieren, gelingt dem Militär mit starker Unterstützung von NATO und Spezialisten für Aufstandsbekämpfung aus der BRD und den USA.
Der Schlag wird im Folgenden begleitet, von der Aussetzung des Parlaments, dem Verbot aller revolutionären und demokratischen Parteien, Organisationen und Gewerkschaften und einer kaltblütigen "Säuberung" des Landes von RegimegegnerInnen. Die unzähligen Massaker an dem kurdischen Volk, das "Verschwinden" zehntausender türkischer und kurdischer Revolutionäre in Folterzentren gehen im Tumult des Putsches unter. Jeglicher organisierter Widerstand ist praktisch zerschlagen. Aber der Kampf der Gefangenen aus den Gefängnissen heraus gibt Mut sich neu zu organisieren.



Zu diesem Zeitpunkt liegt die alleinige Entscheidungsgewalt bei dem direkt nach dem Putsch gegründeten Gremium des "Nationalen Sicherheitsrates" (MGK) und dem allgegenwärtigen Geheimdienst (MIT).
Um dieses Bild der Machtzentralisierung nicht nach außen dringen zu lassen, und um die anhaltenden Proteste und Hungerstreiks der Gefangenen aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen der türkischen Militärregierung zu ersticken, wird 1982 beschlossen, zukünftig das Bild eines demokratischen Staates zu zeigen.

Diesen Anschein zu erwecken, soll der türkischen Regierung nicht weiter schwerfallen. Um Informationen, die Zweifel an der "demokratischen Führung" hervorrufen könnten, zu verleugnen, werden mit der Streichung der Artikel 104, 125, 141,142,143,144,145,146 und 163 die Presse- und Meinungsfreiheit nahezu aufgehoben. Jegliche sich entwickelnde Selbstorganisierung wird mit hohen Strafen (bis zur Todesstrafe) geahndet. Das gleiche gilt für die Berichterstattung über Erfolge des kurdischen Befreiungskampfes (Da im geltenden Gesetz des heiligen türkischen Staates die Existenz des kurdischen Volkes geleugnet wird, kann es auch keinen kurdischen Befreiungskampf geben). Da dieser Krieg gegenwärtig tobt und Deutschland als zweitgrößter Lieferant von Waffensystemen seine blutigen Hände weiterhin in Unschuld wäscht, drängt sich der Eindruck auf, daß gezielte Interessen bestehen, diese Einnahmequelle der Rüstungsindustrie nicht versiegen zu lassen. Grund genug um in diesem Artikel auch auf die Lage der KurdInnen in der BRD hinzuweisen und Deutschland in seiner tatsächlichen Rolle zu zeigen. Jede Abgabe, jede Steuer ist eine indirekte Finanzspritze für einen Krieg, der offiziell gar nicht existiert. Zwei Schwerpunkte möchten wir setzen, um Fakten aufzuführen, die hoffentlich zu Diskussionen anregen und Neugier erwecken.
1. Die Lager der KurdInnen nach dem Verbot der PKK und diverser kurdischer Vereine in Deutschland.
2. Deutsche Waffen töten in der Türkei, die Wirtschaft braucht diesen Krieg.

Verfolgung der KurdInnen- Deutschland mischt mit.

35 kurdische Gruppen, die sich zur Aufgabe machten, die Kommunikation zwischen KurdInnen und Deutschen zu schaffen oder zu verbessern, indem sie Veranstaltungen organisierten, wo den Interessierten die eventuellen Ängste vor dem "fremden Volk" genommen werden sollten oder einfach offene Fragen beantwortet werden konnten, wurden im November 1993 vom Innenminister Manfred KANTHER (CDU) verboten mit der Begründung, sie würden eine terroristische Vereinigung (gemeint ist die PKK) unterstützen oder gar für sie werben. Dies geschah mit vorheriger Absprache mit der türkischen Regierung, die sich auch in diesem Fall mal wieder voll und ganz auf die bundesdeutsche Regierung verlassen konnte.
Der Krieg, die Demütigungen und die offensiven Unterdrückungsmechanismen gegen das kurdische Volk gehen eben nicht nur von der türkischen Regierung aus.
Kriminalisiert wurde das Sprachrohr eines ganzen Volkes, eingefroren die massive Unterstützung, die auch hier in Deutschland nicht von der Hand zu weisen war und auch durch solche Rückschläge sicher nicht weniger wird.
Da die kurdischen Vereine inzwischen Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen ihr Verbot einreichten, befinden sie sich vor der endgültigen Bestätigung des Verbotes in einer Grauzone zwischen Legalität und Illegalität. Dadurch können sie nie sicher sein, welche ihrer Handlungen als "legal" eingestuft oder welche als "Fortsetzungshandlung" zusätzlich strafrechtlich verfolgt werden.
Rechtlich verstoßen Verbot **und** Sofortvollzug nach unserer Ansicht gegen demokratische Grundregeln, Grundrechte unserer Verfassung, der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere gegen die Vereinigungsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit sowie gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip und das rechtliche Gehör.

Denkanstöße genug, an Euch ist es, die geweckte Neugier zu befriedigen. Lest, lest, lest, denn die Geschichte des kurdischen Volkes ist die Geschichte seiner Unterdrückung und seines Widerstandes.

Wieviel, von wem, wofür?

Was "Verteidigungshilfe", "Rüstungssonderhilfe" oder "Materialhilfe" im einzelnen bedeuten kann, wird klar, wenn mensch sich vor Augen hält, daß zwischen 1985 und 1991 Rüstungsgüter aller Art im Werte von 3,6 Milliarden (!!!)DM an die Türkei geliefert wurden. Interessant ist auch, daß es sich um Schenkungen seitens der Bundesregierung handelte (neben Fertigungsstätten für G-3- und MG-3-Gewehre auch U-Boote, Schnellboote, Panzern der Leopard-Serie und Munition aller Art).
Obwohl die Türkei seit vielen Jahren einer der größten Empfänger deutscher Waffen und Rüstungsgüter ist, sind die, seit der Vereinigung Deutschlands gelieferten Waffen doch etwas Besonderes, nicht nur wegen ihrer Anzahl von mindestens 450 Millionen(!!!) Stück Munition, über 250.000 Kalaschnikov-Maschinenpistolen und unzähligen Radpanzern, sondern auch aufgrund ihres Verwendungszweckes, der sich vornehmlich im Bürgerkrieg wiederfindet.

GESCHICHTE DES WIDERSTANDES
1920: Im Nachkriegsvertrag von Sovres zwischen den Siegermächten des 1. Weltkrieges und der Türkei als Folgestaat des Osmanischen Reiches wurde dem kurdischen Volk das Recht auf staatliche Eigenständigkeit zugestanden.

1923 wurde dies mit dem Vertrag von Lausanne wieder aufgehoben und das Land zwischen Syrien, Iran, Irak und der Türkei aufgeteilt.
1945/46: Im Iran wurde von der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) die Kurdische Republik Mahabad gegründet und im Dezember 46 von der iranischen Armee wieder zerschlagen.

1979 war der Widerstand der iranischen KurdInnen maßgeblich am Sturz des Schah beteiligt. Das neue Regime zeigte schnell sein wahres Gesicht und verfolgte die KurdInnen bis nach Europa: In Wien und Berlin wurden Führer der Demokratischen Partei Kurdistan/Iran vom iranischen Geheimdienst ermordet, im Irak wurden Lager der kurdischen Komela/KP und kurdischer Flüchtlinge aus dem Iran mit Raketen angegriffen.
1984: Angesichts zigtausend politischer Gefangener, die seit dem Putsch von 1980 in den Gefängnissen der Türkei saßen, und der Tatsache, daß KurdInnen das pure Recht auf Existenz verweigert wurde, nahm die PKK den bewaffneten gegen die türkische Kolonialarmee auf. Mit einer Guerilla von 15 000 Frauen und Männern ist die PKK heute weit über die Grenzen der Türkei hinaus eine Hoffnung für die KurdInnen geworden. 80 % der kurdischen Bevölkerung unterstützen heute den Befreiungskampf und sind deshalb Repressionen bis hin zur Ermordung ausgesetzt.



Repression gegen KurdInnen auch in Deutschland. ...r bei einem Polizeieinsatz in Hamburg.Harburg.

1991 entstand im Schatten des zweiten Golfkrieges (mit zweifelhafter Unterstützung der westlichen Alliierten) eine autonome Republik Kurdistan/Irak. Der Aufstand begann wenige Tage vor Newroz (kurdisches Neujahrsfest). Zur selben Zeit kam es auch im türkischen Teil Kurdistans zu großen Volksaufständen.
1993/1994: Eine "Kurdenfrage" existiert in der Türkei offiziell nicht. Organisationen, die sie trotzdem öffentlich ansprechen oder über die Menschenrechtsverletzungen berichten, werden verboten und gezwungen, illegal zu arbeiten. Immer wieder werden GewerkschafterInnen, Mitglieder der DEP, vor allem aber JournalistInnen der einzigen unabhängigen Tageszeitung Özgür Gündem von der Konterguerilla ermordet. Am Tag der Menschenrechte (10.12.) wurden die Redaktionsgebäude von Özgür Gündem gestürmt und über 100 MitarbeiterInnen festgenommen. Nicht zuletzt durch öffentlichen Druck konnte die Einstellung der Zeitung bisher verhindert werden.

Deutsche Waffen töten in der Türkei

"Bundesdeutsche Waffen werden in Kurdistan nicht eingesetzt, sie dienen ausschließlich zur Beruhigung der Öffentlichkeit", so die Bundesregierung.
Daß dieses nicht im geringsten der Realität entspricht, weiß die Bundesregierung nicht erst durch AugenzeugInnenberichte einer Reihe von Menschenrechtsorganisationen, allen voran amnesty international, die übereinstimmend über die Allgegenwärtigkeit von Radpanzern BTR 60 der NVA und ausrangierten Maschinenpistolen der ehemaligen Ostarmee berichten.

Auch scheinheilige Stellungnahmen seitens der Bundesregierung, die türkische Führung habe vertraglich die Nichtanwendung deutscher Rüstungsgüter in innenpolitischen Auseinandersetzungen zugesagt, werden postwendend mit der Tatsache widerlegt, daß es einen Vertrag mit diesem Inhalt gar nicht gibt. Auch der im 1991 in Rom beschlossene NATO-Konzept verankerte §13, wonach die Sicherheit eines Landes auch durch "Terror- und Sabotageakte" gefährdet werden kann, wankt aufgrund der Tatsache, daß die türkische Regierung ihre Militäreinsätze in kurdischen Provinzen damit begründet.



Auch Bundeskanzler Helmut Kohl begründete eindrucksvoll warum Menschenrechtsverletzungen, blutige Verfolgung von Minderheiten und Krieg kein wirkliches Hindernis für Rüstungslieferungen sind.
Auszug aus einem Zitat Kohls:"Die Türkei war in der Vergangenheit aufgrund ihrer exponierten Lage an der Südostflanke der NATO ein Eckpfeiler auch unserer Sicherheit." Potzblitz, das rechtfertigt alles, denn eine demokratische und in sich gefestigte Türkei muß schließlich eine stabilisierende und zukunftsweisende Rolle für das Verhältnis dieser Region zu Europa einnehmen, auch im Interesse der atlantischen Allianz.
Im Großen und Ganzen ist die Tatsache, daß Folter, Krieg gegen die KurdInnen oder Militärputsch kein Hindernis für Waffenlieferungen und Rüstungshilfen sein müssen, bezeichnend für die Regierung eines demokratischen Staates

"Das Produkt von 500 Jahren Kampf"

Ausbeutung in Süd- und Mittelamerika und der Aufstand der Zapatistas in Mexico.

Es gibt leider einen aktuellen Anlaß, das Thema "Ausbeutung" mal wieder aufzurollen: Die Medien haben eher oberflächlich über die Aufstände im Süden Mexikos berichtet, vielleicht mit Ausnahme der taz (die den Anlaß aber ebenfalls nicht genutzt hat, um die zahlreichen Aktivitäten der multinationalen Konzerne in Mittel- und Südamerika mal wieder neu auszuleuchten).
Bevor jetzt aber alles durcheinandergemischt wird, was wir der Wahrheit zu liebe nicht wollen, fangen wir mal vorne an: Das Thema Ausbeutung ist zwar schon platt- und flachgewälzt worden, aber geändert hat



sich viel, und zwar zum schlechten. Der Anlaß für die Aufstände in Chiapas war die schon seit Jahren gleiche Situation der Landverteilung: Die "Latifundistas" (Großgrundbesitzer) hatten alles, die kleinen BäuerInnen wie immer gar nichts, eine recht typische Situation für alle Länder der

sog. "dritten Welt" und die "Schwellenländer" zum reichen Norden.
Das Faß zum überlaufen brachte das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Handelsabkommen zwischen Mexiko, Kanada und den U.S.A., NAFTA, das eine Änderung in der mexikanischen Verfassung nach sich zog, die vorsah, die staatlichen Ländereien zu privatisieren. Anders ausgedrückt: Da hat die kleine, besitzende Führungselite Mexikos ihre fetten, gierigen Griffel ausgestreckt, um mal wieder kräftig zuzulangen. Die KleinbäuerInnen durften ca. Mal Ansprüche anmelden. Einleuchtend, daß mensch dann sauer wird, wenn man sieht, wie die Habenden nicht genug bekommen, während man selber jeden Tag aufs neue ums (Nicht-) Verrecken kämpfen muß. Und der eine oder andere Mensch greift dann auch mal auf gute, alte Guerillataktiken zurück....Was dann die mexikanische Regierung dazu nutzt, um wie Goliath gegen David 12.000 Soldaten ins Feld ziehen zu lassen, und den Rest von der noch nicht verhungerten, weil selbstbewußt gewordenen Bevölkerung auszubomben und genickschußzuexekutieren.
Wenn es auf die indirekte Art nicht klappt, dann halt auf die direkte.

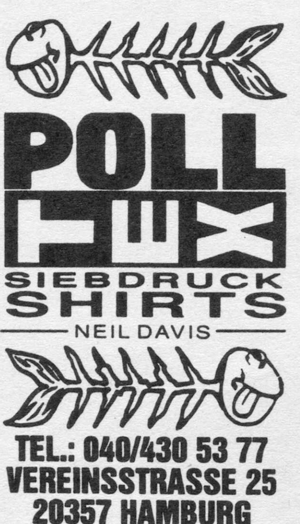
Das sind bewährte zentralamerikanische Regierungsmethoden: Die Antwort auf Aufstand, Opposition und Kritik waren schon immer blutige Massaker. Spätestens jetzt sollte mensch sich fragen, wie es diese Machteliten es schaffen und geschafft haben, Millionen von Menschen jahrzehntelang zu unterdrücken und ihrer menschlichen Rechte zu berauben. Dies wird durch die übermäßige Präsenz von U.S.-amerikanischen Großkonzernen schnell deutlich, denn wo wirtschaftliche Interessen liegen, sind die politischen nicht weit. Wo also Multis ihre Produktion ausgelagert haben in die Billiglohnländer Latein-,Mittel-, und Südamerikas, da ist
das C.I.A. zur Stelle, um mögliche "Komplikationen" zu beseitigen, so geschehen 1973 in Chile beim Sturz der Regierung von Salvador Allende, der das Land aus den kapitalistischen Abhängigkeitsverhältnissen lösen wollte, oder die Staatsstreiche in Guatemala (1954) und Grenada (1983).
Besonders beim Putsch in Guatemala werden die Interessen der Wirtschaft an für sie optimalen politischen Rahmenbedingungen deutlich. Der United Fruit Company kam der Staatsstreich mehr als gelegen, war sie doch kurz zuvor vom demokratisch an die Macht gelangten Präsidenten Arbenz Guzmán eines Teils ihrer Ländereien enteignet worden. Mit den neuen Machthabern kehrten auch die alten Zustände wieder zurück, eines von vielen Beispielen, durch welche Methoden die Gewinnspannen der interna-



Die Zapatistas sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Produkt jahrzehntelanger Unterdrükkung durch die Herrschenden in Mittelamerika. Am 1.1.94 begann ihr bewaffneter Kampf für Gerechtigkeit.

tionalen Konzerne zustande kommen. Heutzutage ist es für interessierte VerbraucherInnen nur noch schwer möglich, zu überblicken, unter welchen Bedingungen seine gekaufte Ware produziert wurde. Die Namen, die sich größere Handelsgruppen, Firmenzusammenschlüsse und Konzerne geben, sind so unscheinbar wie tarnend. "REWE-Handelsgruppe", "ADELA-Investment Company", diese Namen sagen gar nichts und verbergen viel.





Das hat zufälligerweise den Vorteil, daß anrüchige Marken- und Firmennamen, die z.B. durch Umweltkatastrophen und forcierte Umweltzerstörung, durch brutale, Mord einschließende, "Politik" oder durch allzu offensichtliche, weil menschenverachtende Ausbeutung in Verruf gekommen sind, schnell durch die schützende Anonymität unscheinbarer Namen in Vergessenheit geraten. KritikerInnen wird das Nachforschen erschwert und es gerät nicht gleich ein ganzer Konzern in Mißkredit, wenn die Politik von Tochterfirmen in die Kritik gerät. Für uns als EuropäerInnen bedeutet dies, daß wir oftmals nicht Bescheid wissen, warum zum Beispiel eine Bekleidungsfirma wie ADLER einen Produktionsstandort in Südkorea hat, wo eine sich demokratisch gebende Militärdiktatur die Opposition unterdrückt, niedrige Löhne gezahlt werden und kein Streikrecht existiert. Auch Multikulti-Konzern Benetton läßt im fernen Osten produzieren, was für eine Verlogenheit, wenn gleichzeitig Werbekampagnen initiiert werden, in denen vorgeblich gesellschaftliche Probleme thematisiert werden.

Und Mexiko?

In Mexiko ist das Pulverfaß explodiert. Soziale Verelendung der "indianischen" Landbevölkerung im Süden des Landes, geringe Löhne, kaum Bildungschancen oder Arbeitsplätze und die völlige Zukunftslosigkeit sind die Grundlagen auf denen sich die EZLN, die Befreiungsarmee der UreinwohnerInnen, entwickeln konnte.

Es ist ein Kampf ums Überleben und für die Anerkennung der elementarsten Rechte, die ihnen seit Jahrhunderten verweigert wurden. Eine genauere Untersuchung der Forderungen würde hier leider den mittlerweile arg begrenzten Rahmen sprengen. Wir werden uns aber bemühen, in der folgenden Ausgabe ausführlich die Situation zu behandeln. Dies ist erstmal ein allgemeiner Einstieg in geworden, der vielleicht hilfreich sein kann, sich weiter mit der Thematik auseinanderzusetzen.

...Dabei interessiert sie nicht, wenn wir an Hunger sterben oder an Krankheiten, die eigentlich zu heilen sind, wenn wir nichts haben, absolut gar nichts - weder eine menschenwürdige Behausung, noch Land, noch Arbeit, noch Gesundheit, noch Ernährung, noch Erziehung, oder das Recht, frei und demokratisch unsere Vertreter zu wählen, in Frieden und Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder und ohne Abhängigkeit von ausländischen Mächten. ABER WIR HABEN HEUTE GESAGT: BASTA!

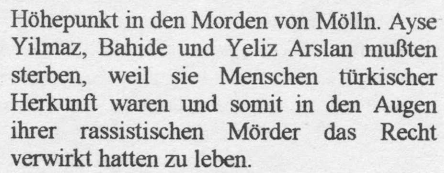
Aus der Kriegserklärung der Generalkommandatur der EZLN vom Dezember 1993

"...By any means necessary"

Zum Prozeß gegen sechs türkische und kurdische Jugendliche, denen der Angriff auf die FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek vorgeworfen wird.

Seit dem 18.1.94 findet vor dem Amtsgericht Pinneberg ein Prozeß gegen sechs Jugendliche statt, denen Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung vorgeworfen wird. Dieser Umstand ansich wäre noch keinen Artikel im Info wert, würde es sich bei den Angeklagten nicht um Migranten türkischer und kurdischer Herkunft handeln, die sich in einer selbstbestimmten Aktion gegen Nazis zur Wehr gesetzt hatten. Da auch die deutsche Justiz mit diesem Prozeß wieder einmal exemplarisch vorführt, was sie von solchen Selbsthilfeaktionen potentieller Opfer rassistischer Gewalt hält, und auch der Kotzbrocken Jürgen RIEGER seine braunen Finger mit im (Prozeß-)Spiel hat, wollen wir unseren geneigten LeserInnen die Hintergründe bezüglich der Anklageerhebung sowie die Schilderung des bisherigen Prozeßverlaufes aus der Feder des AJF-Gerichtsreporters nicht vorenthalten.

Wir schreiben den 2.12.92. Einige Tage zuvor fand die rassistische Grundstimmung in der BRD ihren bis dato grauenvollsten



Höhepunkt in den Morden von Mölln. Ayse Yilmaz, Bahide und Yeliz Arslan mußten sterben, weil sie Menschen türkischer Herkunft waren und somit in den Augen ihrer rassistischen Mörder das Recht verwirkt hatten zu leben.

An diesem Abend versammelten sich 30-40 türkische, kurdische und deutsche Jugendliche vor einer der Schaltzentralen eben dieses rassistischen und faschistischen Terrors, der Bundesgeschäftsstelle der militant neofaschistischen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) in der Seestraße 165 in Halstenbek/Krupunder. Es kam zu einer militanten Auseinandersetzung, in dessen Verlauf ein Auto der Nazis unbrauchbar gemacht und zwei FAP'ler verprügelt wurden, wobei der eine von ihnen von einem Messerstich verletzt wurde.

Um es gleich vorweg zu sagen: Für uns als weiße deutsche AntifaschistInnen ist der Einsatz von Messern in der Auseinandersetzung mit FaschistInnen kein adäquates Mittel. Wir maßen uns aber auch nicht an, über die Wahl der Mittel von Menschen zu urteilen, die allein wegen ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrer Hautfarbe, KONKRET in diesem Lande in ihrem Leben bedroht sind, wie beispielsweise die rassistisch motivierten Morde von Mölln und Solingen grauenvoll dokumentieren.

Die Angeklagten haben mit ihrer Aktion vor der FAP-Bundesgeschäftsstelle unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht länger gewillt sind, die ihnen staatlicherseits verordnete Opferrolle einzunehmen. Sie haben sich gegen ihre Unterdrücker, die ihnen in letzter Konsequenz nach dem Leben trachten, zur Wehr gesetzt. Deswegen gilt den Angeklagten unsere volle Solidarität.

Wie die angeklagten Migranten auch in einer Prozeßerklärung erwähnten, ist es blanker Hohn, ihnen den Tatbestand des Landfriedensbruchs, einen "Landesfrieden" hat es für MigrantInnen und Flüchtlinge in diesem Land nie gegeben. Verbale Erniedrigung, stattlich verordnete Diskriminierung (beispielsweise durch die sogenannten "Ausländergesetze"), Abschaffung des Asylrechts, Abschiebeknäste, brennende Flüchtlingsheime bis hin zu den 50 Todesopfern rassistischer und faschistischer Gewalt sind für die in Deutschland lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen alltägliche KRIEGSerklärungen.

Für die angeklagten Jugendlichen muß es in diesem Prozeß ein unerträglicher Zustand sein, sich auf der Anklagebank zu befinden und ohnmächtig in die rassistische Fratze von Jürgen RIEGER, der als Anwalt der Nebenklage auftritt, schauen zu



müssen. Bekanntermaßen handelt es sich bei RIEGER um keinen unbefangenen Juristen, sondern um einen hochrangigen Faschistenkader, der sich ab und zu die Anwaltsrobe überstülpt, um dann als "Staranwalt" der faschistischen Szene zu fungieren. Sein illustrer Mandantenkreis reicht von Nazischlächtern des sogenannten 3. Reiches wie dem SS-Führer von Warschau, Arpard WIGAND, über hochrangige Neo-Nazi-Funktionäre wie Christian WORCH oder den inzwischen gen Himmel aufgefahrenen Michael KÜHNEN, bis hin zu den dumpfen Fascho-Schlägern im "Lohbrügger Skinprozeß". In diesem Prozeß scheinheilig legitimiert durch seine anwaltliche Tätigkeit, propagiert RIEGER ansonsten als Vorsitzender der seriös klingenden Vereinigungen "Artgemeinschaft-Glaubensbund wesensgemäßer Daseinsgestaltung" sowie der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" den widerwärtigsten Rassismus von der angeblichen Überlegenheit der "weißen Rasse". Ebenso ekelerregend sein Plädoyer für die sogenannte Erbgesundheitspflege und der Euthanasie, womit in der Tradition der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik von "unwertem Leben" die Verfolgung und Ausmerzung von behinderten Menschen gemeint ist.

Unmißverständlich ein Zitat von ihm, in dem zum offenen rassistischen Terror aufruft: "Die Ausländerflut gefährdet die biologische Existenz unseres Volkes...Wir müssen den Ausländern den Aufenthalt so unbequem wie möglich machen." Gesagt auf einem Treffen der inzwischen verbotenen Nationalistischen Front, deren Mitglied Jürgen RIEGER war.

Ein Antrag der Verteidigung, RIEGER von seinem Posten als Anwalt der Nebenklage zu entbinden, wurde, wie nicht anders zu erwarten, vom Gericht abgelehnt, obwohl die Angeklagten durch die Präsenz von RIEGER in diesem Prozeß einer konkreten Bedrohung ausgesetzt sind, da RIEGER durch seinen Anwaltsstatus Zugang zu



FAP
ZERSCHLAGEN

ihren persönlichen Daten hat. Da RIEGER (nun zum 100.000sten Mal) auch ein aktiver Faschist ist, ist davon auszugehen, daß er diese den zur Zeit voll im Faschotrend liegenden "Anti-Antifa"-Listen zuspielt.

Die ersten drei Prozeßtage wurden jeweils von 80-150 AntifaschistInnen begleitet, die ihren Protest gegen die vorangetriebene Kriminalisierung der Angeklagten zum Ausdruck brachten. Vom ersten Verhandlungstag an versuchte die Staatsmacht mit einem massiven Aufgebot (Hundertschaft Bereitschaftsbullen, Abgreiftruppe in voller



Kampfmontur, Staatsschutz...) diesen zu unterbinden und zu kriminalisieren. Bei der Eröffnung des Prozesses wurden die UnterstützerInnen, die vor dem Gerichtsgebäude eine Kundgebung abhielten, von den Bullen gewaltsam vom Eingang des Gerichts abgedrängt. Hierbei machten sie mehrfach vom Schlagstock Gebrauch und hetzten Polizeihunde auf die UnterstützerInnen, wobei mindestens ein Antifaschist Bißverletzungen erlitt (Als kleines Dankeschön hierfür wurden die Jacken einiger Bullen kunstvoll verziert, als sie meinten, sich in die Flugbahn von Farbbeuteln, die ansich an RIEGER adressiert waren, werfen zu müssen).

Am zweiten Prozeßtag machte der Richter deutlich, daß er äußerst panisch auf die Übertragung von Krankheitsbazillen reagiert. Gleich zweimal ließ er zum Teil äußerst brutal den Gerichtssaal räumen, als die ZuschauerInnen mit Hustenanfällen versuchten, RIEGERS rassistisches Geseier zu unterbinden.
Am dritten Verhandlungstag forcierten die Schergen ihre Zermürbungsstrategie gegenüber den UnterstützerInnen. Dies reichte von der willkürlichen Personalienfeststellung von Antifas, die vereinzelt durch die Pinneberger Innenstadt stratzten bis zur offenen Kooperation der Bullen mit einigen FAP'lern. Während der Rückfahrt vom Prozeß wurden einige Antifas am S-Bahnhof Krupunder auf vier FAP-Nasen aufmerksam, die provokativ vor der Bundesgeschäftsstelle standen und den Eindruck erweckten, als ob sie auf irgendjemanden warteten. Obwohl sich die Antifas ihnen näherten, suchten die Faschisten nicht, wie sonst meistens üblich, ihr "Heil" in der Flucht, sondern schlürften weiter genüßlich ihr Bier und fotografierten die Antifas. Zu ihrer Selbstsicherheit hatten sie auch allen Anlaß, denn offensichtlich waren sie davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sich die Bullen verdeckt in einer Seitenstraße, anstatt wie sonst üblich

genau vor der Bundesgeschäftsstelle, postiert hatten. Offenbar sollte eine Auseinandersetzung zwischen Antifas und Faschisten inszeniert werden, in dessen Verlauf die Bullen die Antifas hätten festnehmen können. Diese Auseinandersetzung fand zwar nicht statt, dafür stürmten die Bullen aber trotzdem aus ihrem "Versteck" und jagten die Antifas auf den Bahnsteig. Dort wurden zwei von ihnen mit gezogener Pistole (!!!) gestellt, obwohl sie keinerlei Anstalten machten, zu fliehen. Zwei anderen, die dem dauernden Geknipse der Faschos auf dem Bahnsteig ein Ende bereiten wollten, wurden von diesen, unter den Augen der Bullen, Bierflaschen ins Gesicht geworfen. Das ganze nahm immer groteskere Züge an, als sich die Bullen weigerten, Anzeige wegen der Flaschenwürfe aufzunehmen ("Meine Dienstnummer? 4711!" Haha, was haben wir gelacht).

Um weiterhin zu gewährleisten, daß die sechs Angeklagten nicht alleine im Gerichtssaal mit der deutschen Justiz und RIEGER konfrontiert werden, aber auch um zu verhindern, daß die FAP bei diesem Prozeß Präsenz zeigen kann, ist es angesagt, den Prozeß weiterhin zu besuchen. Achtet hierbei auf kurzfristige Ankündigungen. Termine erfahrt Ihr im Infoladen Schwarzmarkt und eventuell auch beim Antirassistischen Telefon unter der Nummer 43 15 87.

KILL X-MAS WITH A GROOVE

Ein etwas verspäteter Rückblick

OK, schon etwas länger her, diese Jam, aber sie muß einfach erwähnt werden. Gleich vorneweg: Reihenfolge der Acts können wir nicht mehr wiedergeben und der eine oder andere kürzere Auftritt, der durchweg ziemlich geilen Gruppen wird hier bestimmt übersehen...sorry! Fangen wir also erstmal ganz am Anfang an: Da waren als erstes zwei Knirpse, die von bemalten Zügen gerappt haben...irgendwie lustig, wenn die beiden von bottom-to-top-Bildern erzählen (Bilder auf Zügen, die von der unteren Kante bis zur Regenrinne gehen, also gut zwei Meter). Reeeespekt! Da die beiden ja noch ziemlich jung sind, kann sich da noch einiges ergeben. Nach einer Erinnerungslücke kam dann "Deiräääáct Äktscheeeeen", also Direct Action. Die beiden Frontleute haben den Namen ja immer so schön in die Länge gezogen. Ebenfalls ein geiler DJ.

Übrigens, die Atmosphäre war wie auf einem guten alten UK-Subs-Konzert. Aus allen Ecken hagelten menschliche Körper und der/die eine oder andere hat sich bestimmt eine fette Prellung zugezogen, als er (sie?) das Pech hatte, eine Lücke in dem Meer aus Köpfen und auffangenden Händen zu erwischen.

Irgendwie kam es im Laufe des Abends dann noch zu folgenden Auftritten: R.A.F. (Reimende Antifaschisten...das Kürzel soll wohl Sympathien aus dem "legalen Umfeld" der RAF eintragen...na denn, Ihr habt sie. Apropos, Die Zeitung, die Ihr gerade in den Händen haltet, wird auch von Leuten gemacht, die nach "demokratischer" Definition höchstgradig dem RAF-Umfeld zuzurechnen sind...Also schnell durchlesen, bevor die Eltern (die LehrerInnen...?) kommen.

Dann noch Fast Forward (echt höllisch BASS), Readykill (KILLA Fanfare, KILLA Bass, READY,READY,KILLA,KILLA), No Remorze (ist eigentlich gar nicht so finster, sondern ein kleines "Sensibelchen"...hat ein leider noch nicht ganz fertiges Lied über mißhandelte Kinder präsentiert.

Irgendwann, wohl nach Readykill, kam dann die Keule: KILLA INSTINCT aus England. Ooooober Hardcore, Take That-Platte im Regal lassen und "Bambi Murders" kaufen (Ja, Bambi, jetzt bist Du dran, ab ins Slaughterhouse). Dementsprechend viele Menschen gingen dann auch den Weg, den ein jeder Stagediver eben gehen muß, denn es ist sein Auftrag und seine Bestimmung.HAMMERHAMMER-HAMMERHART.

Wir können wohl hoffentlich davon ausgehen, daß Cora E., die Absoluten Beginner, Weep not child und L.S.D. Proton noch solidere Reimarbeit geleistet haben, da wir zum Zeitpunkt ihrer Auftritte alle FrontbeobachterInnen schon abgezogen hatten (Es ist hart, aber wahr).

REEESPEKT (Zitat:Readykill) geht an alle, die wir vergessen haben. Ja, liebe Bubacks, sowas werden wir ja wohl noch ein paar mal sehen, oder nicht?

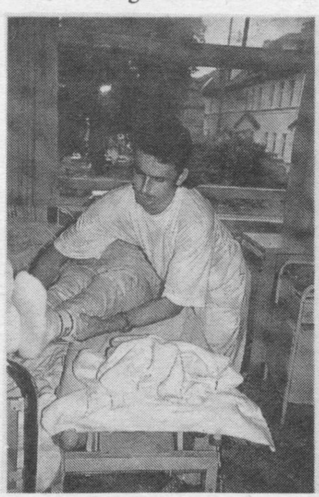
KURZ UND SCHMERZHAFT

Wo waren wir stehen geblieben? Ach ja, es ging um Friedhelm BUSSE von der FAP, der unter einigen Artikulationsproblemen litt. Mittlerweile dürften die Kameraden zusammengelegt und Friedhelm den Besuch eines Kieferchirugen finanziert haben. Die Suche nach den TäterInnen indes scheint sich schwierig zu gestalten. Es ist doch jammerschade, da werden Millionen in einen braunen Geheimdienst investiert, Nachtsichtgeräte und Überwachungsanlagen werden angeschafft, und das Resultat, nichts, nichts und wieder nichts. Es ist zum Auswachsen! Ganz andere Probleme hat P[illegible] STEELE, der Sänger von Type-O-Negative (wir berichteten) der wirklich nicht zu beneiden ist. Kaum von Antifa-Gruppen vor einer anstrengenden Deutschland-Tournee bewahrt, muß er sich in Brooklyn/New York, einer bekanntermaßen gefährlichen Ecke, wieder mit diversen "subhumans" herumschlagen. Hört das denn nie auf? Nun sitzt er also wieder

[illegible]ading Gods For Happiness - die drei M[illegible]
siker fanden sich auf Anhieb dazu berufe[illegible]
der Musik Leben einzuhauchen. So er[illegible]
steht ein Beat und Melodien, die neu un[illegible]
doch so eingängig sind. Die schmette[illegible]
lingshafte Gitarre liefert den harmonischer
Rahmen. Der Gesang zeigt mal Wärme,
mal Aggressivität. Melancholisch und ver-
etzlich liegt er über der klassischen Beglei-
[illegible]g von Bass und Schlagzeug.

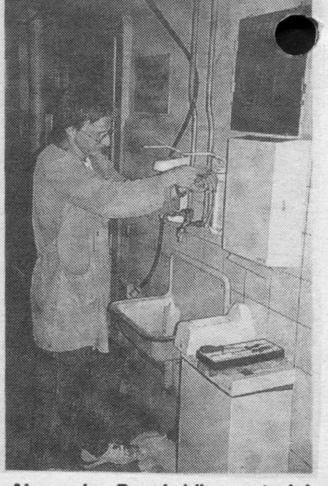
mit der Pumpgun im Kinderzimmer und wartet auf Einbrecher. Ob er nochmal rauskommt? Zu gern würden wir endlich dieses unselige Kapitel für immer zuschlagen. Neues vom Notariat Dr. Voscherau. Der Stadtverwalter hatte bekanntlich vorgeschlagen, "gefährdete" Stadtteile vor ungesteuertem Zuzug (von AusländerInnen) zu schützen, um Ghettobildungen zu verhindern. Wie gut, daß er mit diesen Ideen nicht ganz alleine in der politischen Landschaft stand und prompt Beistand von der Nationalen Liste erhielt. Er habe drei Monate nach der Wahl, so die NL, ihre Grundsatzforderungen im Bereich der Ausländerpolitik übernommen. Dem ersten Bürgermeister sind diese neuen Freunde sichtlich unangenehm gewesen, das will nicht so recht passen und macht sich in der Öffentlichkeit auch ziemlich scheiße, deshalb werden wir wohl vorerst auch auf ein "geimsames Frühstück " zwischen Notar VOSCHERAU und Notariatsgehilfe WORCH verzichten müssen. Verzichten muß die Dresdner Ausländerbeauftragte Marita Schieferdecker-Adolph an dieser Stelle nicht auf eine gebührende Würdigung ihrer sicher sehr anstrengenden Arbeit. Erst mußte sie eine recht kostenintensive Reise rechtsextremer Jugendlicher nach Israel aus ihrem Fond finanzieren und dannn wurde sie von rheinländischen Glatzen auch noch verbal und körperlich angegriffen. Das ist in der Tat eine ganz traurige Geschichte und wir sollten uns alle die Frage stellen, was hier nur wieder falsch gelaufen sein kann. Rechte Jugendliche sind doch bekanntermaßen gar nicht rechts, sondern unfähig, ihre Probleme und Wünsche in angemessener Weise zu artikulieren. Sie sind Opferopferopferopfer. Rassistische Parolen sind lediglich aufgesetzt und Mittel, um zu provozieren. Ist es nicht so, Frau Schieferdecker-Adolph? Oder ist es vielleicht doch ein bißchen komplizierter, als sie und ihre KollegInnen es wahrhaben wollen? Tja, das sind so Fragen, Frau Schieferdecker-Adolph...auf die Ihnen als allerletztes die Hamburger Polizei Antworten geben wird, denn die ist allgemeinhin mit wichtigerem beschäftigt. so etwa am 19.12. des letzten Jahres, als sie die türkischen TeilnehmerInnen einer Hochzeit mit kurdischen DemonstrantInnen verwechselte. Zweimal wurde der Fahrer eines Wagens der Hochzeitsgesellschaft von den selben Beamten kontrolliert, was bei ihm heftigen Unmut auslöste. Die Stadtteilrambos von der allseits bekannten Lerchenwache zögerten nicht lange und nahmen den Mann mit, natürlich nicht ohne ihn während der Fahrt ordentlich zu schlagen. So geht das in diesem Land beizeiten. Da ist es auch kein Wunder, daß Menschen angesichts drohender Abschiebung in ihrer Verzweiflung in den sogenannten "Selbst"mord getrieben werden. Am

25.12.93 starb der sudanesische Flüchtling Emanuel Thomas T. an den Verletzungen, die er sich am 17.12. im Herner Abschiebegefängnis beigebracht hatte. Aber warum sollte das in diesem Land jemanden weiter stören? Ob die Flüchtlinge in Deutschland oder in ihren Herkunftsländern verrecken, ist letztendlich doch nur eine Formsache. Zynismus? Ja, und es spiegelt letztendlich genau die rassistische und menschenfeindliche Realität in diesem Land wieder, die Gruppen von Menschen systematisch das Recht auf Leben in Freiheit abspricht. Da paßt es nur zu gut, daß die Hamburger Polizei mit großem Brimborium 26 Exemplare des Buches "Fatherland", auf dessen Umschlag Hakenkreuz und Reichsadler prangen, in einer Buchhandlung im Hauptbahnhof beschlagnahmte. Während faschistische Mörder weiter durch das Land ziehen dürfen und etablierte PolitikerInnen Schutzzonen für die deutsche Bevölkerung fordern, der Rassismus also Zugang zum politischen Mainstream gefunden hat, werden 26 Exemplare eines Buches, daß in keinster Weise Nazis und ihren Dreck verherrlicht, konfisziert, um zu zeigen, wie entschlossen hierzulande gegen Nazipropaganda vorgegangen wird. Demnächst dabei, große Polizeirazzien gegen die HerstellerInnen von "Gegen Nazis"-Aufnähern, wo kommen wir denn da hin, wenn ungestraft das Hakenkreuz in der Öffentlichkeit gezeigt wird. Bei soviel Verhältnismäßigkeit als Maßstab staatlichen Handelns können wir ja eigentlich nur noch staunend an der Seite stehen. Aber das dürfte schätzungsweise genau das sein, was sie von uns wollen. Spaß haben, gut drauf sein, aber ansonsten bitteschön das Maul halten. Weiter im Takt: Für den 29.1. hatten NL und FAP zu einer großen Protestdemonstration gegen ihr drohendes Verbot nach Hamburg geladen. Aus den (nie und nimmer) erwarteten 2000 TeilnehmerInnen, wurde jedoch nicht viel. Erst zog sich die NL offiziell aus den Demovorbereitungen heraus (die feuchte Aussprache von Friedhelm BUSSE, der als Redner auftreten sollte?), dann verbot die Innenbehörde den Mummenschanz. Wie so oft in letzter Zeit, beide gerichtliche Instanzen folgten der Verbotsverfügung, die FAP mußte zu Hause bleiben. Gut informierte Kreise wußten zu berichten, daß Christian WORCH noch am Freitag nachmittag versuchte, eine Ersatzveranstaltung anzumelden. Offensichtlich gealng es ihm aber auch nicht mit dem verlockenden Angebot, alle Personalien der teilnehmenden Personen anzugeben, die Bullen aus der Reserve zu locken. Keine Demo, irgendwie war das nicht ihr Wochenende. Von den noch am Samstag angekündigten "Spontanaktionen" haben wir leider auch nichts mitgekriegt. Was war's denn nun genau, wenn wir mal fragen dürfen. Deutschnationales Unkrautjäten in der Gärtnerei von Glenn und André GOERTZ' Mutter? Großer Ringelpietz mit Anfassen in der Korachstraße



Steffen Jäger bettet einen Frischoperierten um.
Fotos (6): Josef Opladen

Jens Dawczynski bei der Vorbereitung für den nächsten Eingriff.



Alexander Pesch kümmert sich in der Augenklinik um den Seifenspender.

5? Wohnung von Christian WORCH aufräumen? Wir werden es wohl leider nie erfahren!
Am 1. Februar bestätigten Morgenpost und taz eine uns schon seit längerem bekannte Information. Nunmehr ist es also amtlich: Das Nationale Infotelefon Hamburg befindet sich in der Wohnung des FAP-Mitglieds Jens SIEFERT in der Eifflerstraße 602 im dritten Stock. Die Nazis hatten in der Vergangenheit immer wieder eventuell anrufende AntifaschistInnen aufgefordert, ihnen den Anrufbeantworter "zu Dokumentationszwecken" vollzuquatschen, ob Wort- oder andere Beiträge auch persönlich abgegeben werden können, war bisher noch nicht in Erfahrung zu bringen. Jens SIEFERT übrigens wäre es zu gönnen, wenn das Infotelefon demnächst woanders stationiert werden sollte, war er doch schon vor seinem Outing in der Presse augenscheinlich von gewissen nervösen Anspannungen befallen.Tja, Kameraden, bleibt halt alles nicht unbeobachtet, auch wenn Ihr noch so betont unauffällig um die Häuserecken schleichen solltet.
Tja, auch die schönste Rubrik muß mal ein Ende habenvbdjfadhfdfdgjhbfjiopbfdjopfdihyM.

Mit freundlichem Gruß

E. Honecker

Ein zugegebenermaßen fiktives Gespräch

A: Sag' mal, ich hab da mal ne Frage. Gehörst Du auch zu den Leuten, die das Jugendinfo machen?

B: Ja, wie findst Du es denn?

A: Na, ehrlich gesagt, nicht so toll. Ich finde, Ihr seid immer so einseitig und radikal. Außerdem ist Euer Layout echt Bleiwüste.

B: Naja, ist ja auch ein Platzproblem, wenn wir wollten, wie wir könnten. Und der Inhalt ist natürlich subjektiv.

A: Aber damit erreicht Ihr doch keinen, oder kriegt Ihr viele Reaktionen?

B: Geht so

A: Siehst Du, die meisten interessiert das doch gar nicht. Für wen macht Ihr das dann?

B: Na, für Dich auch, für jede/n eigentlich.

A: Vielleicht solltet Ihr mal n bißchen objektiver werden und nicht immer nur Propaganda betreiben. Eure Zeitung liest doch eh keine Sau, interessiert die meisten doch auch nicht.

B: Das ist ein Problem, stimmt schon, aber so schlimm ist das ja nun auch nicht. Gibt ja schon ein paar Leute, die es auch immer lesen. Außerdem, was würdest Du denn machen?

A: Weiß nicht, hat doch eh keinen Sinn. S, wie Ihr das macht, bringst jedenfalls nichts.

B: Wenn Du meinst. Ich kann Dich schwerlich zwingen, was zu machen.

A:Wär ja noch schöner. Na, dann mach mal weiter, wenns Dir Spaß bringt.

B: Mach ich auch, da mußt Du Dir keine Sorgen machen.

A: Schön blöd...



DAS GRINSEN WIRD EUCH SCHON VERGEHEN...

...Wenn Ihr nicht abonniert.

Ein ganzes langes Jahr lang alle jämmerlichen Infos, Flugblätter, Presseerklärungen und sonstigen Erzeugnisse der Hamburger Jugendfront für nur
O 25 DM
O 50 DM (Förderabo, gern gesehen)
Zahlbar bar oder Scheck (keine Verrechnungsschecks!)
Name und Adresse:____________________

Du, tausendfach unterdrückt
verdienst tausendmal die Freiheit !

